

## **DGB Bezirk Nord**

Überwindung von Armut und Gewährleistung sicherer Einkommen in allen Altersgruppen

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesregierung, Bundesrat

### **Antrag:**

Das 31. Altenparlament möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Altersversorgung für ein Leben in Würde ausreicht. Zur Überwindung der stetig wachsenden Armut in allen Altersgruppen werden deshalb entschlossene Initiativen der Landesregierung und des Landtages in zahlreichen Politikfeldern, sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch im Bundesrat, gefordert.

Hierzu gehören:

- Eine zeitnahe Erhöhung des Lohnniveaus und eine Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen,
- Initiativen gegen die weitere Ausweitung prekärer Beschäftigungen und gegen den Niedriglohn,
- eine deutliche Anhebung des Mindestlohns,
- die Rückkehr zum umlagefinanzierten System der gesetzlichen Rentenversicherung als wesentlich tragende Säule der Altersversorgung bei gleichzeitiger Rücknahme der Kürzungen im Rentenniveau und Abschaffung der schrittweisen Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters aufgrund der zahlreichen Reformversuche der vergangenen Jahre,
- die Unterstützung des aktuell diskutierten Grundrenten-Modells für langjährig Beschäftigte.

### **Begründung:**

Wir fordern eine Rente, die den Lebensstandard sichert und so Armut im Alter verhindert. Die Zahl der BezieherInnen von Grundsicherung im Alter ist in den letzten Jahren, sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein, deutlich gestiegen. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Ohne entsprechende Reformen sind jene, die ihr Leben lang in schlecht bezahlten Berufen gearbeitet haben, besonders von Armut im Alter bedroht; ein zutiefst entwürdigender Zustand.

Das zu Beginn des Jahrtausends eingeführte Drei-Säulen-Modell in der Rentenversicherung, dass Lücken der gesetzlichen Rente durch betriebliche Angebote und private Vorsorge kompensieren soll, hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Zum einen bieten in der Regel nur große Unternehmen Betriebsrentenmodelle an, zum anderen haben gerade diejenigen, die am dringendsten zusätzlich privat vorsorgen müssten, aufgrund ihres geringen Einkommens nicht die Mittel dazu. Die sog. Riester-Rente ist damit gescheitert.

Dagegen kann die aktuell diskutierte Grundrente für Menschen mit mehr als 35 Beschäftigungsjahren ein erster Schritt in ein Altern in Würde sein. Langfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung aber in eine Erwerbstätigenversicherung, in die schrittweise alle aufgenommen werden, umgewandelt werden.